

30.5.2006

Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



PROGRAMM DER GROßEN KOALITION:

Die Armen sollen zahlen!



BUNDESWEHREINSATZ IM INNEREN:

Sicherheit für wen? Sicherheit vor wem?

Die CDU/CSU, allen voran Herr Schäuble, sieht eine „neue Bedrohungslage“, an die der „Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes“ (Schäuble in einem Interview mit der SZ vom 8./9.4.06) angepasst werden muss. Für die Bundeswehreinsetze zur „Verteidigung deutscher Interessen“ überall auf der Welt wurde der Verteidigungsbegriff längst entsprechend umdefiniert, ohne sich der Mühe einer Grundgesetzänderung zu unterziehen. Dort steht immer noch, dass der Verteidigungsfall festgestellt wird, wenn „das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht.“ Doch nun sollen deutsche Interessen offensichtlich auch im Inneren durch das Militär „verteidigt“ werden.

Der internationale Terrorismus als nützlicher Vorwand

Die Angriffe auf das World Trade Center am 11.9.2001 werden gerne als Beispiele für die neue Bedrohungslage hergenommen. „Er könne nicht tatenlos zusehen, wenn ein Flugzeug etwa auf ein voll besetztes Stadion gesteuert werde“ zitiert die SZ den sogenannten Verteidigungsminis-

ter Jung (13./14.5.06). In dem nun vorgelegten Entwurf eines sicherheitspolitischen Weißbuches heißt es deshalb, dass die Gefahren des internationalen Terrorismus bei der Abfassung des Grundgesetzes nicht absehbar gewesen seien - also muss es geändert werden. Es stört die Herrschaften dabei überhaupt nicht, dass sie den Ein-

Fortsetzung auf Seite 2

Alle sollen mehr Steuern zahlen, heißt es plötzlich angesichts leerer Kassen, auch die Reichen sollen ran! Die sogenannte Reichensteuer ist ein Zuschlag von drei Punkten auf den Einkommensteuerspitzenersatz von 42 Prozent für das zu versteuernde Einkommen oberhalb von 250.000 € - also nicht eine generelle Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 Prozent auf 45 Prozent, sondern nur für den Teil über die 250.000 €. Sie gilt außerdem nur für Privateinkommen, alle gewerblichen und unternehmerischen Gewinne werden davon ausgenommen. Damit schrumpfen die erwarteten Einnahmen von 1 Milliarde auf ca. 350 Mio. € (laut Handelsblatt vom 3.5.06). Lächerlich also angesichts der Einnahmen durch Kürzungen bei der Pendlerpauschale, beim Kindergeld, beim Sparerfreibetrag u.a. Maßnahmen, die den kleinen Mann und die kleine Frau betreffen. Da werden insgesamt etwa 4 Milliarden Euro erwartet. Von der Mehrwertsteuer ganz zu schweigen, die allein 23 Milliarden bringen soll.

Und gar nicht erwähnt wird in diesem Zusammenhang in der Presse, was in den Jahren zuvor geschah. Der Spitzensteuersatz wurde von 53 Prozent 1998 auf 42 Prozent ab 2005 gesenkt. Für einen Einkommensmillionär hieß das eine Entlastung von 100.000 € im Jahr. Jetzt soll ein klitzekleiner Teil zurückgeholt werden davon.

Der Spitzensteuersatz muss wieder rauf für hohe Einkommen - das wäre die richtige Reichensteuer! Und auch mit den Steuergeschenken für die Konzerne muss Schluss sein!

Die Reichen sollen zahlen - der Kampf dafür wäre ein erster Schritt, um diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten.

Gwendolin

In dieser Ausgabe:

Öffentlicher Dienst: ein Resumee nach 14 Wochen Streik..... 2

Neues aus der **MAN:** ein Rekordergebnis nach dem anderen 4

Neonazis rüsten zur Fußball-Weltmeisterschaft - die Politik schaut zu..... 6

ZUM VER.DI-STREIK

Abschluss nach 14 Wochen Streik



Es ging nicht um einen begrenzten Tarifkonflikt, sondern um einen Generalangriff auf uns alle. Die öffentlichen Arbeitgeber wollten die 40-Stunden-Woche für die Beschäftigten der Länder durchsetzen und damit erklärtermaßen den Vorreiter für eine generelle Arbeitszeitverlängerung machen. Das ist ihnen nicht geglückt dank der enormen Streikbereitschaft vieler Kolleginnen und Kollegen, die 14 Wochen ausharrten oft bis zur Grenze ihrer persönlichen Belastbarkeit. Streik heißt schließlich nicht Urlaub, sondern Aktion!

Dennoch kann der Verhandlungsführer der Länder, der niedersächsische Finanzminister Möllring (CDU), triumphieren, ver.di habe sich in allen Fragen bewegt. Die Arbeitszeit, der Knackpunkt der Verhandlungen, wurde im Schnitt auf 39,22 Stunden ausgedehnt. Aber es gibt keine einheitliche Arbeitszeit mehr für alle. Sie ist nach Ländern differenziert, im Durchschnitt zwischen 38,7 in Schleswig-

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

BUNDESWEHREINSATZ IM INNEREN:

Sicherheit für wen? Sicherheit vor wem?

satz des Militärs im Inneren schon zu Zeiten gefordert hatten, als diese Gefahren ebenfalls nicht absehbar waren. So hat die CDU bereits in den 60iger Jahren den Einsatz der Bundeswehr im Inneren gefordert und schließlich in Form der Notstandsgesetze mit Hilfe der SPD in der damaligen großen Koalition gegen heftigen Widerstand auch durchgepeitscht. Damals wurde der Einsatz der Streitkräfte unter anderem zur „Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer“ ermöglicht. Allerdings muss dazu im Bundestag und Bundesrat erst einmal der Notstand festgestellt werden. Das war lange vor dem 11.9.01. Schäuble hat dann 1993 erneut den Einsatz der Bundeswehr im Inneren gefordert, allerdings ohne dass dazu der Notstand festgestellt werden muss, sozusagen als Normalität. Schon damals erklärte er, dass die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit nicht mehr eindeutig zu definieren seien, was nun in dem sicherheitspolitischen Weißbuch wieder auftaucht: Die bisher gültige Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit müsse überdacht werden, heißt es dazu (SZ 13./14.5.06). Mit den Selbstmordanschlägen konnte das damals jedenfalls nicht in Zusammenhang gebracht

werden. Doch der Bevölkerung soll nun angesichts der zum Jahrhundertereignis hoch gepushten Fußballweltmeisterschaft die Angst vor irgendwelchen Anschlägen eingetrichtert werden, um die Diskussion der Bundeswehreinsätze im Land voranzutreiben und erneut den Boden für eine Grundgesetzänderung fruchtbar zu machen. Gleichzeitig wird der Einsatz der Bundeswehr bei der WM geplant - ohne irgendeine Grundgesetzänderung. So ist die Überwachung des Luftraumes mit Awacs-Aufklärern längst beschlossen und mit der NATO abgesprochen. 7.000 Soldaten werden während der WM im Einsatz sein, alles im Rahmen des Grundgesetzes und der dort „möglichen Amtshilfe und Hilfe bei Katastrophen“, wie Schäuble und Co. behaupten. Schließlich müssen wir daran gewöhnt werden an die „Bundeswehr im Einsatz“, wie sie der Kriegsminister, der selbstverständlich keine Kriege organisiert, sondern nur die Verteidigung deutscher Interessen, in seinem Weißbuch sieht.

Zurück zur deutschen Normalität

Es geht also letztendlich nicht um den Schutz der Bevölkerung vor Anschlägen, die das Militär ja auch gar nicht verhindern könnte. Es geht darum, auch innenpolitisch die letzten militärischen Beschränkungen los zu werden, die dem deutschen Imperialismus nach den grausamen Verbrechen des faschistischen deutschen Reiches auferlegt worden sind. Den

deutschen Militarismus auszurotten - das war eine wesentliche Forderung nicht nur der alliierten Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch der Arbeiterbewegung und aller fortschrittlichen Kräfte hier im Land. Nun soll auch innenpolitisch zurückgekehrt werden zur deutschen Normalität vor 1945. Militär auf den Straßen, wie im Kaiserreich, der Weimarer Republik und im Faschismus zum Schutze der deutschen Interessen. Und diese bedeuten an erster Stelle, das wird uns heute tagtäglich eingebläut, dafür zu sorgen, dass die Maximalprofite von Siemens, MAN, Daimler, Deutsche Bank, Eon und wie sie alle heißen, sprudeln sollen. Dazu müssen außenpolitisch Absatzmärkte und Rohstoffe „verteidigt“ und innenpolitisch die Quelle ihrer Profite abgesichert werden: die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten. Länger und billiger arbeiten bei gleichzeitiger Reduzierung der Beschäftigten, Gesundheits- und Rentenkosten kürzen, Hartz IV nochmals zusammenreichen usw., das ist es, was sie für uns bereit halten. Die Herrschaften planen jetzt schon für den Tag, an dem sich die Arbeiter das nicht mehr gefallen lassen. Dann soll auch wieder Militär bereit stehen und sei es erst mal auch nur, um die „lebensnotwendige Infrastruktur zu gewährleisten“, wie in dem Weißbuch steht - gegen streikende Arbeiter.

Mischen wir uns also ein, gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren! gr

Fortsetzung von Seite 2

Holstein und 39,73 in Bayern. Durch diese Regelung soll auch die Möglichkeit der Übertragung auf die Kommunen ausgeschlossen sein (Umgehung der sog. Meistbegünstigungsklausel). In Ostdeutschland wird weiterhin 40 Stunden gearbeitet. Damit kann man nicht mehr von einem einheitlichen Flächentarifvertrag reden. Außerdem wird noch zwischen den Gehaltsgruppen unterschieden: für manche Bereiche bleiben die 38,5 Stunden, für „Besserverdienende“ nicht. Das mag viele von uns freuen, gelten doch die 38,5 vor allem für die weiter, die gestreikt haben: Bühnenarbeiter, Beschäftigte der Unikliniken, Arbeiter der Straßenmeistereien, Kolleginnen und Kollegen in Schichtarbeit z.B. Deshalb gibt es von ihnen auch eine große Zustimmung und Begeisterung über das Ergebnis. Dennoch ist diese Differenzierung schlecht für weitere, schon jetzt absehbare Arbeitskämpfe, sie spaltet die Belegschaften.

Auch beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, das die Länder ganz streichen wollten, wurden Jahressonderzahlungen vereinbart, die in Zukunft nach Entgeltgruppen gestaffelt sind. Zum einen ein Erfolg, zum andern ebenfalls Vertiefung der Spaltung.

Das wichtigste Streikziel, die Vereinigung der Arbeiterklasse, um für weitere Auseinandersetzungen mit Regierung und Kapital besser gerüstet zu sein, wurde völlig außer acht gelassen, im Gegenteil, die Spaltung durch den TVöD noch weiter geführt.

Deshalb geht der Abschluss prinzipiell in die falsche Richtung. Und auch die Verlängerung der Arbeitszeit muss sich die ver-



Der Aufmarsch eines Häufleins von zwei Dutzend Neonazis am 8. Mai auf dem Platz vor der Oper wurde von mehreren Hundertschaften Polizei geschützt. Einige Hundert Antifaschisten protestierten gegen ihre Hetze. Sie wurden von den Streikenden der staatlichen Theater unterstützt, die ein 20 m langes Transparent entrollten mit der Aufschrift „Antifaschistische Streikposten“ (s. Bild).

di-Führung selbst auf die Fahne schreiben: dass im Länderbereich fast allein gekämpft werden musste, wo ver.di mitgliedermäßig ganz schwach ist, ist die Konsequenz des nicht geführten Streiks zum TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst), der im Oktober 2005 den BAT ablöste. Die ver.di-Verhandlungsführer glaubten damals, durch weitgehende Zugeständnisse einem Arbeitskampf aus dem Wege gehen und weitere Privatisierungen verhindern zu können. Sie gaben sich der Illusion hin, einen „sozialen“ Tarifpartner vor sich zu haben. Doch schon seit den 90er Jahren liefen Bestrebungen für ein Roll-back bei der Arbeitszeit. Es war klar, dass die Zeiten von fast kampfflos erreichten Zugeständnissen auch im öffentlichen Dienst vorbei sind. Die Länder hatten bereits angekündigt, den TVöD nicht unterschreiben zu wollen.

Mindestens bei der Öffnungsklausel für die Kommunen, die sie berechtigt, die 40-Stunden-Woche einzuführen, hätte für ver.di die Schmerzgrenze erreicht sein müssen. Sie besagt, dass ein Abschluss bei den Ländern ohne weitere Verhandlungen auf den Bund und die Kommunen übertragen werden kann. Damals hätte ver.di noch in Bund, Ländern, Gemeinden sowie im öffentlichen Nahverkehr gemeinsam streiken können, hätte ein viel größeres Druckpotential gehabt.

Im Bereich der Kommunen folgten die öffentlichen Arbeitgeber von Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg der Einladung zur Arbeitszeitverlängerung auf dem Fuße, sie kündigten den TVöD sehr bald nach dem Abschluss! Auch hier konnte die Arbeitszeit von 38,5 Stunden nicht gehalten werden, doch das Ergebnis ist besser als bei den Ländern, weil ver.di in den Gemeinden wesentlich stärker ist und der Streik massivere Auswirkungen hat (man denke nur an die Müllabfuhr!). Ver.di vermied in Baden-Württemberg die Spaltung und vereinbarte einheitlich 39 Stunden.

Trotzdem wurde mit dem Streik einiges erreicht. Es konnten Bereiche einbe-

zogen werden, die noch nie gestreikt haben. Es wurden viele neue Mitglieder gewonnen. Viele Gewerkschafter haben durch die Auseinandersetzung begriffen, dass Verzicht die Arbeitgeber nicht besänftigt, dass nur unser Widerstand sie im Zaum halten kann. Es wurden gesellschaftspolitische Debatten geführt, z.B. warum der Staat kein Geld hat, wie er sich selber arm macht, um dann bei den Arbeitern und Angestellten zu sparen. Dieser Streik führte zu einem höheren Bewusstsein bei vielen Kolleginnen und Kollegen, die nun einbezogen werden wollen in die gewerkschaftlichen Entscheidungen.

Sie werden v.a. darauf drängen müssen, dass die Tarifrunden in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Diensts und bei ver.di insgesamt besser aufeinander abgestimmt werden, damit nicht jeder Bereich auf sich alleine gestellt ist. Angesichts der Bedrohung durch weitere scharfe Angriffe muss der Schulterschluss sogar noch weiter gehen. Die Gewerkschaften werden in Zukunft nur noch durch gemeinsame Kämpfe in der Lage sein, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse zu sichern.

Das ist der Weg, den ver.di gehen muss. Dann kann am Ende eine Organisation dastehen, die nicht mehr auf Sozialpartnerschaft und Stellvertreterpolitik, sondern auf die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder setzt. *Gwendolin*



**Kommunistische
Arbeiterzeitung Nr.315**
März 2006 1,50 Euro

**Wer kämpft kann verlieren ...
Wer die Zukunft gewinnen will,
braucht die
Kommunistische Partei**

www.kaz-online.de

erscheint vierteljährlich
Einzelheft Euro 1,50
Jahresabo Euro 10,00

Tel/Fax: 0911-356913
e-mail: gruppeKAZ@aol.com

Redaktion der
Kommunistischen
Arbeiterzeitung

Reichstraße 8
90408 Nürnberg

AufDraht-Quiz

Was ist „sozialistischer Fußball“?

- A: Fußball in der DDR
- B: brasilianischer Fußball
- C: Vorläufer des 4-2-4-Systems
- D: eine Erfindung der Auf Draht-Redaktion

Auflösung auf Seite 4

Kurz & bündig

Unverschämte Telekom

Die Telekom hat im vergangenen Jahr ihren Gewinn auf 5,6 Milliarden Euro gesteigert und damit nahezu vervierfacht. Alles mit immer weniger Kollegen - man merkt's beim Service. Es gibt eine Rekorddividende, die um 16 Prozent gesteigert wurde.

Aber für die Beschäftigten soll nichts drin sein, lediglich eine Einmalzahlung von 730 Euro und ein aktienbezogenes „Mitarbeiterbeteiligungsprogramm“, und das auch nicht für alle der 110.000 Kolleginnen und Kollegen. Weiter sollen die Pausen nicht mehr in vollem Umfang bezahlt werden. Ver.di bezeichnet dieses „Angebot“ zu Recht als Provokation und fordert 6 Prozent mehr Geld, was angesichts der Gewinne sogar noch zu bescheiden ist.

Dafür sind auch in München die Telekom-Kollegen in den Warnstreik getreten.

Sicherheitswahn

Die Fußball-WM treibt den bundesdeutschen Sicherheitswahn in ungeahnte Höhen. Die Berliner Polizei darf inzwischen vorbestraften Hooligans den genetischen Fingerabdruck abverlangen. Fußballfans, wo bleibt euer Aufschrei? Denn bei den Hooligans wird's nicht bleiben. Das wird erst der Anfang sein! Bald wird jedem Stadionbesucher ein Gentest abverlangt, vorsichtshalber. Außerdem wird es langsam Zeit für die komplette Videoüberwachung! Die Anfahrtswege und die Fan-Treffs könnte man gleich miterfassen. Und Arbeitsplätze schafft das doch auch. So viele Menschen könnte man mit der Überwachung beschäftigen. Und wer randaliert, bei dem schließt sich gleich eine automatische Fußfessel. Und wer dann noch nicht zu bändigen ist, den werden die Jungs von der Bundeswehr abschleppen, er könnte ja ein Terrorist sein. (Letzteres ist kein Scheiß - der Einsatz der Bundeswehr ist schon beschlossen, s. Artikel Seite 1).

Neue Tarnung

Die Münchner Neonaziszene hat sich zur „Bürgerbewegung Pro München – patriotisch und sozial“ zusammenschlossen. Unter diesem Namen planen sie, zur Kommunalwahl anzutreten. Auch das CSU-Mitglied Thomas S. Fischer beteiligt sich (von einem Ausschlussverfahren ist nichts bekannt). Also aufgepasst! „Pro München“ hat nichts mit Bürgerbewegung, aber viel mit braunem Sumpf zu tun!

NEUES AUS DER MAN:

Das Ergebnis unserer Hände Arbeit ...

... lässt die Aktionäre jubeln. Der Internet-Börsendienst „finanzen.net“ meldete am 19. Mai 2006 anlässlich der Hauptversammlung „MAN ... bestätigt Prognose“ - und prompt stieg der Kurs der Aktie weiter. Die MAN-Aktionäre gehören zu den Gewinnern.

Der 1. Quartalsbericht des Gesamtkonzerns vermeldet im Quartalsvergleich 2006 zu 2005 (jeweils von Januar bis März) ein Plus nach dem anderen: Steigerung des operativen Ergebnis um 78 Prozent von 121 Mio. auf 215 Mio. Das Ergebnis vor Steuern wurde von 100 Mio. auf 204 Mio. mehr als verdoppelt.

Die Steuerzahlungen wurden natürlich nicht verdoppelt. Zahlte man 44 Mio. im I. Quartal 2005, so sind es nun lediglich 50 Mio. Da bleibt einem die Spucke weg, wenn angesichts solcher Fakten der Finanzminister von wettbewerbsfähigen Steuersätzen für Kapitalgesellschaften spricht, damit diese endlich investieren können. Es ist doch offensichtlich, dass große Teile des Gewinnes herausgerechnet und somit gar nicht besteuert werden.

33.888 Kollegen im Nutzfahrzeug-Bereich erarbeiteten 62 Mio. von Januar bis März 2005, 33.567 Kollegen in den Vergleichsmonaten 2006 dann 119 Mio. - dies entspricht einer gesteigerten Ausbeutung von 194 Prozent. Doch Samuelsson (Konzernchef) und Weinmann (Nutzfahrzeuge-

Boss) ist dies nicht genug. So kündigte Weinmann Personaleinsparungen von 100 Mio. bis spätestens 2007 an, dazu weitere 50 Mio. durch Rationalisierungsmaßnahmen. Wie „finanzen.net“ am 19. Mai meldete, sollen dazu im Sommer wieder Gespräche von Vorstand und Betriebsrat

Information

Das operative Ergebnis (auch Betriebsergebnis) ist eine Kennzahl für die Darstellung des Erfolges aus dem sogenannten operativen Geschäft von Unternehmen und entspricht in der Regel dem Ergebnis vor Zinsen und Steuern (dem sogenannten Ebit). Es ist ein Ergebnis der Kosten- und Leistungsrechnung und zeigt das Ergebnis der Produktion, eben ohne Zinsgewinne bzw. -verluste und ohne Steuerzahlungen.

stattfinden. In welche Richtung der Vorstand will, dürfte auch klar sein: 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich. Zumindest jammern die Herren schon wieder über die angeblichen Lohnkostenvorteile der Konkurrenz.

Es wird ein heißer Sommer werden. In den Werkshallen auf jeden Fall. Ob auch in den Vorstandsetagen, liegt auch mit an uns. Heizen wir den Herren ein mit einem klaren „Nein“ zu mehr Ausbeutung. *rw*

AufDraht-Quiz

Auflösung:

- A) Falsch
 B) Nicht verkehrt!
 C) Richtig. Der ungarische Teamchef Szebes entwickelte nach dem zweiten Weltkrieg ein System, bei dem alle Spieler die gleiche Last trugen und auf jeder Position spielen konnten. Er nannte es „sozialistischen Fußball“. Die ungarische Mannschaft siegte damit glänzend, z.B. über England 6:3. Bela Gutmann, Mitglied des ungarischen Trainerstabes, verbreitete in Brasilien später das 4-2-4-System, das zum Merkmal der brasilianischen Weltmeister-Elf von 1958 wurde.
 D) Nein.

200 müssen raus bei Siemens in der Martinstraße!

Die Kollegen der Com-Sparte in der Martinstraße sind von Abbau bedroht. Hier sollen 200 von insgesamt 1.100 Arbeitsplätzen der Sparte wegfallen. Es ist zwar zu erfahren, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben soll. Aber „das Mobbing läuft“, wie ein Kollege das ausdrückte.

Angeblieh will Siemens die Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat führen, weil dort weniger Widerstand als vom örtlichen Betriebsrat zu erwarten ist. Dem Konzern steckt wohl noch der Schreck in den Gliedern, den ihm die Kollegen zusammen mit dem Betriebsrat in der Hofmannstraße eingejagt haben, als sie um ihre Arbeitsplätze kämpften. *krrn*



TU München will Hitlers Flugzeugbauer ehren

Nach langen Planungen und Bauarbeiten soll im Oktober endlich die U-Bahn bis zum Universitätsgelände in Garching fertig werden und sorgt schon wieder für Streit. Nach Vorstellung von TU-Präsident Herrmann sollen im neuen U-Bahnhof verdiente deutsche Naturwissenschaftler und Technikpioniere mit Tafeln geehrt werden. Unter den 26 Wissenschaftlern befinden sich neben Albert Einstein und Max Planck auch die beiden Flugzeugentwickler Willy Messerschmitt und Claude Dornier.

Beide bauten Flugzeuge für Hitler, Messerschmitt vor allem die Jagdflieger aus der Reihe ME, Dornier die Bomber DO 17 und DO 217. Beide beschäftigten Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge.

Wie die von der TU beauftragten Historiker zu dem Schluss kommen, die Rüstungsbosse hätten sich während des Zweiten Weltkriegs „nichts zu schulden kommen lassen“, wird klar, wenn man weiß, dass beide von den Amerikanern nach dem Krieg schnell „entnazifiziert“ und wieder beschäftigt wurden. Man brauchte ja bald wieder Flugzeuge.

Doch diese Auffassung stößt auf Widerspruch, unter anderem beim Zentralrat der Juden in Deutschland, dessen Vorsitzender sagte: „Es wäre eine Provokation und Beleidigung aller Opfer der Nazi-Herrschaft, wenn diese Waffenproduzenten nun auf die geplante Weise geehrt würden.“

Max Mannheimer, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau wies darauf hin, dass im KZ-Außenlager Mühldorf, in dem er selbst inhaftiert war, noch kurz vor der Befreiung Tausende Sklavenarbeiter zu Tode gekommen seien bei Arbeiten für unterirdische Produktionsstätten für Messerschmitt-Jagdflugzeuge. „Die Untertagebauten für die Flugzeugproduktion waren die Orte mit den schlechtesten Lebens- und Arbeitsbedingungen im Lagersystem.“ (SZ 23.5.06)

Nun will man die Gedenktafeln mit einem erklärenden Zusatz versehen. Hat die TU keine besseren Vorbilder für ihre Studenten?

(aus: KONTRA! 3/06, Jugendzeitung der SDAJ)

Auf Draht

Herausgeber:
**DKP München und
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung
München**

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:
Hans Koller, Lothringer Str. 6,
81667 München, Telefon 44 8 2 2 7 1
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

**3. Juni 2006: 13 Uhr
Berlin Alexanderplatz**

**Schluss mit den
„Reformen“ gegen uns!**

**Die DKP im Internet:
www.dkp-muenchen.de**

**KICKT
nazis
raus!**

denn Faschismus ist
keine Meinung
– sondern ein
Verbrechen

**Kein Nazi-Aufmarsch
in München am
1. Juli 2006!**

**Keinen Fußbreit
den Faschisten**

BÜNDNIS GEGEN NAZI-AUFMÄRSCH
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jan Tappert, Via Linkspartei-PDS, Schönholzerstraße 139, 80339 München, Eigendruck im Selbstverlag, Gestaltung: Web

**KEIN RAUM
FÜR NAZIS!**

NEONAZIS RÜSTEN ZUR FUSSBALL-WM

Politik verharmlost geplante Aktivitäten

Dass die zur Fußball-WM ausgegebene PR-Parole „Die Welt zu Gast bei Freunden“ eine Verhöhnung der vielen Opfer rassistischer Alltagsgewalt in Deutschland ist, dürfte kein großes Geheimnis sein. Dass die deutsche Politik, sich jedoch nicht entblödet, sämtliche anlässlich der WM geplanten Aktivitäten neofaschistischer Gruppen zu verleugnen bzw. zu verharmlosen, stellt einen mittelschweren politischen Skandal dar.

Mit deutlichen Worten appellierte selbst die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unlängst an die bundesdeutschen Gerichte, während der Fußball-Weltmeisterschaft keine Demonstrationen von Neofaschisten zu genehmigen. Nach Angaben des GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg hätten neonazistische Gruppen bereits fünf Aufmärsche im Zeitraum der WM angemel-

det. Aufgrund der „hohen Einsatzbelastung“ während der WM, die am 9. Juni beginnt, sei es jedoch für die Beamten nicht zu leisten, die öffentliche Sicherheit rund um die neofaschistischen Demonstrationen zu gewährleisten, so Freiberg weiter.

Neben der NPD, die bereits am 10. Juni in Gelsenkirchen aufmarschieren will, planen auch die militanten „Freien Kamerad-

schaften“ verstärkte Aktivitäten rund um die Weltmeisterschaft. Insgesamt vier Aufmärsche sind allein für den Zeitraum zwischen dem 3. Juni und dem 25. Juli in Thüringen angemeldet. Bereits am 3. Juni wollen die Neofaschisten unter dem Motto „Bombenstimmung in Düsseldorf! - Vor dem Spiel ist nach dem Spiel!“ in Düsseldorf aufmarschieren. Mit der Formulierung „Bombenstimmung in Düsseldorf“ nehmen sie dabei scheinbar bewusst Bezug auf den bis heute ungeklärten Sprengstoffanschlag, der sich am 27. Juli 2000 am S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn ereignete und bei dem mehrere jüdische Migranten schwer verletzt wurden.

Allein in der jüngsten Vergangenheit waren verstärkt rassistische und neofaschistische Aktivitäten rund um die Stadien beobachtet worden. So provozierten beispielsweise am 1. April Chemnitzer Fans Anhänger des FC St. Pauli, indem sie diese als „Judensäue“ beschimpften und Hakenkreuz-ähnliche Fahnen schwenkten. Ebenfalls Anfang April hatte die neofaschistische NPD mit der Verbreitung eines WM-Planers für Aufsehen gesorgt. Auf diesem war die rassistische Parole „Weiß nicht nur eine Trikotfarbe! Für eine echte Nationalmannschaft!“ zu lesen. Zudem spielte die neofaschistische Partei diesbezüglich auf den deutsch-afrikanischen Nationalspieler Patrick Owomoyela an, da auf dem Titelbild ein Trikot der deutschen Fußballmannschaft mit der Nummer 25, also der Nummer von Owomoyela, zu sehen war.

Während Antifaschisten vor einer deutlichen Zunahme rassistischer Gewalt während der Weltmeisterschaft warnen, sieht die etablierte Politik jedoch scheinbar keine Notwendigkeit, die Neofaschisten gezielt zu beobachten und die von ihnen geplanten Aktivitäten zu verhindern. Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD), sah sich unlängst nicht in der Lage, Gerüchte, wonach die NPD die Fußballmeile an der Straße des 17. Juni in Berlin für ihre Zwecke missbrauchen wolle, zu bestätigen. Auch geplante neofaschistische Aktivitäten, die gerüchteweise rund um das Spiel Deutschland gegen Polen am 14. Juni in Berlin stattfinden sollen, seien nicht bekannt. Antifaschisten wollen unterdessen in verschiedenen Städten antirassistische Notruftelefone einrichten, um Opfern rassistischer Übergriffe schnell Hilfe leisten zu können und den Nazis keinen Fußbreit zu überlassen.

Markus Bernhardt
aus der UZ-*Unsere Zeit* vom 19.5.06

Auch in München haben die Nazis um den gerichtsbekanntesten Norman Bordin eine Demonstration unter dem Motto „Rückführung statt Integration“ für den 1. Juli angemeldet. Geben wir den Nazis keine Chance - sorgen wir für ein nazifreies München.

Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!

Bundesweite Demonstration

3. Juni 2006 • 13:00 Uhr

**Berlin Alexanderplatz
(Karl-Liebknecht-Str.)**

Die deutschen Regierungen sind seit Jahren Motoren in Europa, die Massenentlassungen, Verarmung, Abbau sozialer Grundrechte und ArbeitnehmerInnenrechte zugunsten der Profitinteressen der europäischen Konzerne vorantreiben. Wir sehen explodierende Gewinne bei Unternehmen, die gleichzeitig den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen in ihren Bilanzen als Erfolg verzeichnen. Dagegen wehren wir uns!

- Ein gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 10 € pro Stunde!
- Ein ausreichendes, garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfungen; im 1. Schritt die Erhöhung des ALG II auf mindestens 500,- € plus volle Kosten der Unterkunft!
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, statt Arbeitszeitverlängerung!
- Die sofortige Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-IV Gesetze. Keine Zwangsumzüge!
- Ein einheitliches und bedarfsdeckendes Gesundheits- und Sozialsystem!
- Einheitliche Sozialstandards auf hohem Niveau in ganz Europa!
- Die sofortige Rücknahme aller Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!
- Den uneingeschränkten Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen ohne Studiengebühren und Elituniversitäten!
- Den sofortigen Stopp der geplanten Privatisierungen öffentlichen Eigentums und der Sozialversicherungssysteme!
- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen!
- Stopp aller Kriegsvorbereitungen!

www.protest2006.de

Aufrufertext, Plakate, MitfahrerInnenbörse, UnterstützerInnen-Liste, Termine der Vorbereitungstreffen: www.protest2006.de
Spendenkonto: Laura von Wimmersperg, Berliner Sparkasse, Konto: 6 010 219 181, BLZ: 100 500 00, Stichwort: 03.06.06-Demo
Kontakt und ViSdP: Martin Behrsing, 53117 Bonn, Infotelefon: (02 28) 2 49 55 94, info@protest2006.de

Diese Demonstration wird organisiert vom Vorbereitungsplenum für die bundesweite Demonstration am 3. Juni 2006

Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!

Gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg! Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 03. Juni 2006 in Berlin

Die deutschen Regierungen sind seit Jahren Motoren in Europa, die Massenentlassungen, Verarmung, Abbau sozialer Grundrechte, Arbeitnehmerrechte zugunsten der Profitinteressen der europäischen Konzerne vorantreiben. Sei es die Verabschiedung des „Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ (Lissabon 2000) auf europäischer Ebene, oder sei es die Verabschiedung der „Agenda 2010“ mit den Hartz-Gesetzen auf nationaler Ebene: Überall wird das Ziel verfolgt, den größten Sozialabbau seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchzuführen. In Deutschland soll dies nach dem Willen des Kapitals u.a. mit der systematischen Absenkung der Löhne um bis zu 30 % und der entsprechenden Absenkung der Arbeitslosenunterstützung erreicht werden. Die Große Koalition aus Union und SPD plant eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre und den Ausbau von Kombilöhnen. Gleichzeitig sollen Erwerbslose einer schikanösen Kontrolle unterworfen werden, bei erwerbslosen jungen Erwachsenen werden die Unterhaltsverpflichtungen der Eltern ausgedehnt, und die Rentenversicherungsbeiträge von Alg II Beziehenden werden halbiert. Damit die Gewinnsteuern weiter gesenkt werden können, soll die Mehrwertsteuer erhöht werden. Öffentliche Ausgaben für Bildung, eine soziale und kulturelle Infrastruktur werden weiter in den Keller gehen. Wenn es darum geht, Profite zu maximieren, werden der Abbau demokratischer Rechte, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung von Millionen sowie ökologische Katastrophen bewusst in Kauf genommen.

Dagegen wehren wir uns!

Wir sehen explodierende Gewinne bei Unternehmen, die gleichzeitig den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen in ihren Bilanzen als Erfolg verzeichnen.

Dagegen wehren wir uns!

Die österreichische Regierung, die zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft hat, will während ihrer Vorsitzzeit die EU-Dienstleistungsrichtlinie durchpeitschen und abgeschlossen haben. Dies wäre ein weiterer Meilenstein des neoliberalen Umbaus der EU. Insbesondere das „Herkunftslandprinzip“ dieser sog. „Bolkesteinrichtlinie“ würde zu einem grenzenlosen Dumping von Löhnen, sozialen und Umweltstandards führen.

Dagegen wehren wir uns!

Mit großer Sorge verfolgen wir die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Umfassender Kontrolle und Überwachung sowie der Verletzung der Persönlichkeitsrechte wird so ein weiteres Drohpotential hinzugefügt. Gleichzeitig beteiligt sich die Bundesregierung an den massiven Kriegsdrohungen gegenüber dem Iran bis hin zur Akzeptanz eines atomaren Einsatzes. Damit wird die Militarisierung der Weltpolitik unter dem Vorwand des „Antiterrorkrieges“ fortgesetzt.

Dagegen wehren wir uns!

Wir **fordern** den sofortigen **Stopp** der **Umverteilung** von Unten nach Oben. Dies geht nur mit einer radikalen Abkehr von der bisherigen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Mit der bundesweiten Demonstration am 03.06.2006 knüpfen wir an die großen Mobilisierungen gegen den sozialen Kahlschlag der letzten 2 Jahre an.

Wir wehren uns gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg am 3. Juni in Berlin!

Terminkalender für München:

8. und 18. Mai: Montagsdemos gegen Hartz IV, Beginn 18 Uhr am Karlsplatz/Stachus

23. Mai: Mobilisierungsveranstaltung zu Hartz IV und wie man sich dagegen wehren kann im Eine Welt Haus/ Untergeschoß, Schwanthalerstr 80, U4/5 Theresienwiese, Beginn: 19.30 Uhr

Busfahrkarten von München nach Berlin erhältlich in:

Basisbuchhandlung, Adalbertstr. 41, U3/6 Universität oder im Eine Welt Haus/Weltwirtschaft, Schwanthalerstr. 80, U4/5 Theresienwiese; Kosten: 35.-€/ermäßigt 10.-€

Aktion gegen Sozialkahlschlag – München

Im Bündnis arbeiten mit: Montagsdemo München, Münchner Gewerkschaftslinken, SAV München

Das Bündnis wird unterstützt von:

Verdi Jugend München, Die Linke/PDS Basisorganisation Linksabbieger, GEW Stadtverband München

Kontakt: ggsozialkahlschlag@gmx.de